



Stieg der Regierungsparteien beweist also das Ueberwiegen nationalisistischer Besürdungen über die Zuerst auf internationaler Regelung der Völkerverhältnisse. Man glaubt auch in Frankreich nicht an den Völkerverbund, obwohl man für die eigene Zukunft zittert.

Zu dem nationalisistischen Moment tritt das kapitalistische. Mit der Wahlparole: Gegen den Bolschewismus hat Clemenceau eine weitgehende Einigung der bürgerlichen Parteien erreicht. Das kapitalistische Frankreich zittert um die Früchte seines Sieges. Die Kriegsgewinner sehen das Schreckgespenst des Bolschewismus vom Osten herantreten. Deshalb fällt man alle sozialistischen Forderungen als bolschewistische. Unsere französischen Parteigenossen waren auch in dieser Frage in einer schwierigen Situation. Sie sehen wie wir in der russischen Revolution den Beginn der revolutionären Umgestaltung der Welt und sie lehnen es deshalb ab, obwohl sie keineswegs in ihrer Mehrheit sich zum Bolschewismus bekennen, mit Waffengewalt das bolschewistische Russland niederzuringen, weil sie eine Neuerrichtung der Reaktion und einen Rückschlag für den revolutionären Gedanken sehr richtig voraussahen. Sie wandten sich deshalb gegen die Regierungspolitik, die am liebsten die französischen Armeen zur Niederrichtung des Bolschewismus nach Russland gesandt hätte und wurden deshalb im ganzen Lande als Verteidiger des Bolschewismus verächtet.

Das Schreckgespenst des Bolschewismus hat aber für den französischen Rentner noch eine besondere Bedeutung, es bringt nämlich zugleich den Verlust der in Russland investierten französischen Anteile mit sich, bedeutet also den Bankrott vieler tausender kleiner französischer Rentierschluder. So führte man in nationalisistischem Sinne den Wahlkampf gegen die „sozialistischen Landesverräter“, und im bürgerlich kapitalistischen gegen die „Bolschewisten“. Diese psychologischen Momente erklären den Ausfall der Wahlen. Sie zeigen aber zugleich, daß es sich um einen kapitalistischen Verzweiflungsfug handelt und daß, wenn Clemenceaus glänzende Verdrehungen versagen, der geistige Zusammenbruch dem wirtschaftlichen auf dem Fuße folgen muß. Dann wird man erkennen, wie recht unsere französischen Genossen hatten, als sie die internationale Regelung der Finanzfragen, der Produktion, die sozialistische Organisation der Wirtschaft forderien.

Unsere französischen Genossen gehen an Mandaten geknüpft, aber gereinigt von allen bürgerlichen Anhängeln aus den Wahlen hervor. Sie werden den Mut nicht sinken lassen, denn auch in ihren eigenen Reihen ist nunmehr der Weg zu sozialrevolutionärer Kampfesweise frei.

„La Presse de Paris“, die gemeinsame Erbschaft der wegen des Seherstreiks nicht erscheinenden bürgerlichen Pariser Blätter, veröffentlicht bereits einige Wahlziffern, die deutlich die Vergewaltigung jeder noch so großen Minderheit zeigen, die durch das französische Wahlgericht hervorgerufen wird. So haben sämtliche Kandidaten der Sozialisten im Seine-Wahlkreis Saint-Denis zusammen eine Stimmenanzahl von über 1 1/2 Millionen erzielt; trotzdem erhalten sie nicht einen einzigen Kommerzial, vielmehr fallen sämtliche 14 Mandate dieses Kreises dem Clemenceau-Block zu. Im Wahlkreis Meudon haben die einzelnen sozialistischen Parteien nur etwa 9000 Stimmen weniger als der Block, trotzdem sind sämtliche 6 Blockkandidaten gewählt.

Fest steht in Paris bisher die Wahl folgender Sozialisten: Boncour, Dormoy, Blum, Grade, Berthoin, Bonneson und Saboul. Dagegen sind Longuet und Renaudel unterlegen.

### Der Militarismus marschiert!

Berlin, 20. November.

Da sich die Einrichtung der staatlichen Sicherheitspolizei in Berlin außerordentlich demüht hat, ist vom Ministerium des Innern die Aufstellung einer ähnlichen Organisation in Gebieten Mitteldeutschlands beabsichtigt. Die Aufstellung hat bereits auf dem Truppenübungsplatz Jüterbog (West-Lager) begonnen.

Durch diese offiziöse Notiz versucht die Regierung der Errichtung der Sicherheitswehr ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen. In Wirklichkeit ist sie bei dieser hochwichtigen Angelegenheit bisher völlig diktatorisch vorgegangen; sie hat die Sicherheitswehr ohne Befragen der kommunalen und der gesetzgebenden Körperschaften den Städten aufoktroiiert und nicht danach gefragt, ob sich diese Einrichtung auch bewähren wird. Im Gegenteil, alle Mahnungen, auch solche von ersten Polizeipraktikern, sind in den Wind geschlagen. Erst jetzt wieder schreibt der Strafrechtslehrer Professor Bergsträher in der demokratischen „Differenzierung“ über die Militarisierung der Polizei:

Wir haben schon vor dem Kriege monomoral und nicht ganz mit Unrecht über den Militarismus der Polizei geklagt; wenn diese Reformen durchgeführt werden, so werden wir unter blauen Wunden erleben im wahren Sinne des Wortes. Man braucht nur einmal mitgemacht zu haben, wie sich der Militarismus als Polizei in dem von Deutschland während des Krieges besetzten Gebieten bewährt hat, und man wird mit Grauen daran denken, was uns hier blühen kann. Jene Militärpolizei war mit am meisten schuld daran, daß alle Bevölkerungssteile uns schrecklich hielten. Und jetzt würde der Militarismus ja geradezu künstlich geschichtet, wenn man unter Militarismus versteht, daß militärische Auffassungen und Inständigkeiten auf nichtmilitärisches Gebiet übergreifen. Wir sind aus dem besten Wege, hier zu russischen Zuständen zu kommen und uns infolgeamt unter den Gummihandschuhen zu stellen.

Das sind die Worte eines Demokraten! Und das er recht hat, haben und die bisherigen Erfahrungen in Berlin gezeigt. Die Sicherheitswehr hat sich hier ein Hebergriff nach dem anderen geleistet, Gewerkschaftsversammlungen und Mitgliederversammlungen der Partei auseinandergerissen und auch bei dem Kadava, den die Nationalisten dieser Tage in Berlin inszenieren, hat sie die Situation nicht gewachsen gelassen, vielmehr dem Stand im weitgehendsten Maße gefördert. Trotzdem wagt die Regierung zu behaupten, die Sicherheitspolizei habe sich bisher „außerordentlich bewährt“. Jamahl, sie hat sich „bewährt“! Aber nur im Sinne der Reaktion und des Militarismus. Und damit scheint die preussische Regierung

dermaßen zufrieden zu sein, daß sie nunmehr auch andere Städte mit dieser militärischen Schöpfung zu beglücken gedenkt.

### Laufenberg wegen Hochverrats verurteilt!

Hamburg, 20. November.

Unter der Anklage des Hochverrats und der Aufreizung zum Aufstand hat sich, wie die Abendblätter melden, heute der bekannte kommunistische Schriftsteller Heinrich Laufenberg vor dem außerordentlichen Kriegsgericht zu verantworten, weil er in einer Versammlung am 10. Oktober die Führer aufgefordert haben soll, sich für die kommende Umwälzung, eventuell mit der Waffe in der Hand, bereit zu halten, um die gegenwärtige Regierung zu beseitigen und die Räterepublik zu errichten. Der Angeklagte bestreitet dies; er sei Gegner jeden Verrats, weil dadurch die weltgeschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse verhindert würde.

Hamburg, 20. November.

Der kommunistische Führer Laufenberg ist wegen Vorbereitung zu einem hochverräterischen Unternehmen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden.

Dem Vorbilde Bayerns, das alle Teilnehmer an der Münchener Räterepublik wegen „Hochverrats“ zu den schwersten Strafen verurteilte, folgt nunmehr auch der deutsche Norden. So werden in allen Teilen Deutschlands Recht und Gesetz aufs schärfste mißachtet, denn in Wirklichkeit gibt es seit der Revolution das Verbrechen des Hochverrats nicht mehr. Genosse Haase war es, der in seiner prächtigen Verteidigungsrede im Prozesse Toller diesem Gedanken Ausdruck gab und nachwies, daß ein Gesetz, das einzig und allein dem Schutze des alten, des gestürzten Regimes galt, niemals dem Schutze derer dienen kann, die diesen Sturz herbeigeführt haben. „Es ist ein unsagbarer Gedanke“, so rief Haase aus, „daß die Revolutionäre von gestern die Revolutionäre von heute wegen Hochverrats vor die Richter ziehen können, die zum Schutze der ursprünglichen monarchistischen Verfassung eingeleitet sind.“ Was Haase hier als unsagbaren Gedanken verwarf, ist aber in der deutschen Republik eine alltägliche Erscheinung geworden. Die republikanisch-sozialistische Regierung hat sich nicht nur an die Stelle der alten gesetzt, sie hat auch ihre Methoden übernommen, und vor allem die eine: die Methode der Gewalt, mit der die politisch Andersdenkenden — denn nur als solcher kommt Laufenberg hier in Betracht — unschädlich gemacht werden.

### Heraus mit dem Geld.

Noch immer sind der Berliner Parteileitung der U. S. P. die bei der letzten Besetzung durch die Sicherheitspolizei mitgenommenen 5168,39 Mark nicht wieder zurückergeben. Wir fordern mit aller Entschiedenheit, daß das Geld unserem Parteibureau sofort wieder zugestellt wird, um so mehr, als es sich hier um Mitgliederbeiträge handelt.

Bei den Landstrecken im Baltikum ist es ungeschriebenes Gesetz, daß sie alles, was sie finden, behalten. Es ist zu hoffen, daß diese Sitten nicht auch in Berlin Platz greifen.

### Die Meuterer triumphieren!

Das Detachement Kobach, das am 31. Oktober bei Rauszargen die Grenze überschritten hat, veröffentlicht in der „Trommel“, dem Organ der baltischen Meuterer, eine triumphierende Erklärung über den gelungenen Grenzübergang. Darin wird geschildert, daß das Detachement von Kurland aus einen Marschweg von 520 Kilometern zurückgelegt hat, ohne unterwegs auf den leisesten Widerstand zu stoßen. Für die Nachsicht, die die Regierung dem meuternden Truppenteil gewährte, muß sie sich obendrein einen Fuhrtritt gefallen lassen, indem ihr von dem Detachement folgendes ins Stammbuch geschrieben wird:

Die Sturmabteilung hat Deutschland verlassen, weil sie den geforderten Treueid auf die derzeitige Regierung, — die von ihr nur als ein Gouvernament in Diensten der Entente angesehen wird — nicht leisten wollte. Wir wollen nicht die Stützen einer Reichsleitung sein, die nicht die Kraft findet, die vollkommenden Streiks einer unverantwortlichen Kadaverbrüderliche zu unterbinden und vieles andere mehr. Und all dies mit den Händen im Schoß über uns ergehen zu lassen; dazu sind wir nicht fähig! Wer auch nur einen rechtlichen Trappen Ehrer besitzt, wird uns begreifen. Er wird auch begreifen, daß wir hier unter der russischen Nationalen unserer Heimatlande größere und bessere Dienste leisten, wie in der deutschen Republik als Kolonialschutztruppe der Entente.

Die alldeutsche Presse druckt diese Erklärung, die die größten Beschimpfungen der Regierung enthält, im zustimmenden Sinne ab. Die Regierung sieht sich daraufhin veranlaßt, die Meuterer abzuschnitten und ihnen eine Strafstrafe anzudrohen. Beschwichtigend glaubt sie anführen zu können, daß an dem Unternehmen kein höherer Führer beteiligt gewesen sei. Das soll natürlich zugleich ein Heimwählungsversuch für die Regierung sein.

In Wirklichkeit trifft sie gerade in dieser Angelegenheit die schwerste Schand, denn sie wurde von uns von dem Plan des Detachements Kobach rechtzeitig unterrichtet, hat aber nichts zur Verhinderung seiner Ausführung unternommen. Daß dies bei einigermaßen gutem Willen möglich gewesen wäre, wird niemand abstreiten können. Die Tatsache, daß das Detachement Kobach den 520 Kilometer weiten Weg umgehindert zu Fuß zurücklegen konnte, beweist jedenfalls die Mitwirkung höherer Führer, und die Meuterer haben daher allen Grund, einen Triumph zu feiern, wenn sie durch das Verschulden der Regierung allzu billig dazu gekommen sind.

### Ein rechtssozialistisches Attentat.

Es handelt sich natürlich um ein Attentat auf die Wahrheit, das vom „Vorwärts“ in seiner Gemeinlichkeit mit den „P. S. P.“ und der bürgerlichen Presse verübt wird. Vor einigen Tagen hat es in dem Hause des Leiters der Technischen Hochschule in Leipzig, eines Ingenieurs Schwarz, einen Knall gegeben. Es kam niemandem dabei zu Schaden, zudem der Rothhaarschäfer mitsamt

seiner Familie nicht zu Hause war. Es wurde aber sofort behauptet, daß gegen den Herrn ein Bombenattentat verübt worden sei und im Anschluß daran hätte sich eine wilde Hege gegen die Leipziger Kommunisten. Man nahm eine Anzahl Verhaftungen vor und bei Hausdurchsichten will man beschlagnahmtes Material gefunden haben. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, eines der schärfsten alldeutschen Feindblätter Deutschlands, hatte nun behauptet, daß die „Leipziger Volkszeitung“ sehr vor dem Bombenattentat die Adresse des Rothhaarschäfers mitgeteilt und damit eigentlich die Veranlassung zu der ruchlosen Tat gegeben habe.

Das alles entspinnt sich nun als Schwindel. In der Erklärung, daß es sich um ein kommunistisches Attentat gehandelt habe, schreibt die „Freie Presse“ in Leipzig, das dortige rechtssozialistische Organ:

Nach unserer Erhebungen an den maßgebenden Stellen ist das nicht richtig. Bisher liegen keinerlei Anzeichen dafür vor. Auch die Nachricht, daß bei einem verhafteten Wirtseigenen beschlagnahmtes Material gefunden worden sei, ist falsch.

Die „Leipziger Volkszeitung“ stellt weiter fest, daß Name und Wohnung des Rothhaarschäfers erst nach dem Verzuge der Zeitung genannt worden sei; erst danach habe sie in Erfüllung ihrer politischen Pflicht auch ihren Lesern davon Kenntnis geben müssen. Nach alledem wird man in der Annahme nicht fehl gehen, daß es sich bei dieser Angelegenheit um ein vorbereitetes Bombenattentat handelt, das den Zweck erfüllen sollte, einen Verstoß gegen die Kommunisten zu unternehmen und zugleich die unabhängige Sozialdemokratie der Mindererschaft an diesem offensichtlichen Epochenverbrechen zu bezichtigen.

### Neue Wahlerfolge der U. S. P.

Die Gemeindevahlen in dem Teile von Hessen und Westfalen-Rheinland, der von den Franzosen besetzt ist, haben an den letzten drei Sonntagen stattgefunden. Ganz allgemein ist eine bedeutende Vermehrung der Stimmen der U. S. P. zu verzeichnen bei einem gleichzeitigen gewaltigen Stimmenverlust der Rechtssozialisten. Bei den Bürgerlichen haben die Rechtsparteien einen kleinen Zuwachs zu verzeichnen, während die Demokraten ebenfalls große Stimmenverluste zu verzeichnen haben.

In verschiedenen Industriestädtern ist es unseren Genossen gelungen, die absolute Mehrheit im Gemeindevahlgemeinschaft zu erlangen. Ueber Einzelergebnisse sei folgendes besonders genannt:

In Höchst erhielten: U. S. P. 3017 Stimmen (11 Vertreter), Rechtslog. 3088 Stimmen (12 Vertreter), Zentrum 2754 Stimmen (10 Vertreter), Deutsche Volkspartei 1478 Stimmen (5 Vertreter) und die Demokraten 1239 Stimmen (4 Vertreter). Das bedeutet gegenüber den Gemeindevahlen einen Gewinn für die U. S. P. von 1293 Stimmen, für die Deutsche Volkspartei von 299 Stimmen. Westfalen haben Rechtssozialisten 2226, Zentrum 933, Demokraten 834 Stimmen.

In Nied, einem Industriestadt bei Frankfurt, erhielten: U. S. P. 1209 Stimmen (8 Vertreter), Rechtssozialisten 713 Stimmen (8 Vertreter), Zentrum 468 Stimmen, Vertriebslose 200 Stimmen, Demokraten 289 Stimmen (zusammen 5 Vertreter).

In Mainz erhielten Stimmen: Rechtssozialisten 16251 (gegenüber den Stimmen bei den Nationalparlamentarischen Wahlen 10 919 weniger), Zentrum 12 925 (2371 weniger), Demokraten 6798 (5444 weniger), U. S. P. 5050 (4005 mehr), Deutsche Volkspartei 4004 (1424 mehr).

Diese Ergebnisse sind um so beachtenswerter, wenn man bedenkt, daß es uns in diesen Gebieten bis etwa acht Wochen vor der Wahl durch das Verbot der Besatzungsbehörden nicht möglich war, unsere Presse, dem „Frankfurter Volksrecht“, Eingang zu verschaffen, während den Rechtssozialisten mehrere Tageszeitungen zur Verfügung standen. Wundersamer Erfolg hatten wir in Wiesbaden. Dort haben die Kommunisten unter dem Deckmantel der U. S. P. eine eigene Liste aufgestellt, auf die sie 1226 Stimmen vereinigten, während die U. S. P. 2453 Stimmen aufbrachte. Unser Gewinn betrug auch hier noch 600 Stimmen, während die Rechtssozialisten 5800 Stimmen verloren.

### Sprengung des Frankfurter Arbeiterrats.

In Frankfurt am Main stand bis vor kurzem die Sicherheitspolizei unter Leitung eines während der Revolution eingewählten Polizeipräsidenten. Dieser, der Rechtssozialist Harris, lehnte es nicht ab, die von der Regierung geforderte Militarisierung der Polizei durchzuführen, gestützt auf das Vertrauen der Arbeiter der Frankfurter Arbeiterrats, von dem er sein Mandat hatte. Nunmehr haben es reaktionäre Nachschützen, die einer konterrevolutionären Entlohnung der Dinge Interesse haben, vermocht, den Rücktritt von Harris zu erzwingen und an seine Stelle einen abhängigen Gewerkschaftsführer zu bringen, der bereit ist, die Militarisierung der Polizei nach Berliner Muster zu vollziehen. Mit den wästeligen Beleuchtungen haben die Frankfurter Rechtssozialisten, die im Arbeiterrat die konterrevolutionäre Vorherrschaft ihrer Genossen verurteilten, ihren Genossen Harris von hinterher zum Wählch gezwungen. Selbst die Beschuldigungen bei der Entlohnung konnte man nicht zurückweisen von der Notwendigkeit der Militarisierung der Polizei zu überzeugen.

In der letzten Sitzung des Arbeiterrats kamen diese Dinge zur Sprache. Einmütig wurde von den Unabhängigen und kommunistischen Mitgliedern die Entlohnung Harris' verworfen, die einen Stg der konterrevolutionären Elemente bedeutet. Die Rechtssozialisten verließen vor der Abstimmung den Saal, angeblich, weil die Resolution „Verleumdungen und Beschuldigungen“ gegen sie enthalte. In Wahrheit jedoch weil sie mit der Neuordnung der Dinge zufrieden sind. Denn in einer Vertrauensmännerversammlung der Frankfurter unabhängigen Organisationen ließen sie erklären, der Arbeiterrat in seiner jetzigen Zusammenstellung sei nicht mehr die rechtmäßige und würdige Vertretung der Frankfurter Arbeiterschaft, weshalb ein Austritt notwendig sei!

Sehe mit Trautzfeld. Wie dem „Volks-Anzeiger“ aus Bremen gemeldet wird, telegaphisch natürlich, haben Bremer Arbeiter letzte Fern Heftigkeit 600 Mark mit folgender Drohung überlassen: „Bremer Bürger sehen Ihre Sache als Volkssache an und überlassen deshalb 600 M., um die bisher verurteilten Strafen zu decken und die nachfolgende.“ Die Herren Bürger von Bremen haben also nicht nur die Felle für Heftigkeit abgegeben, sondern ihm noch ein Trautzfeld abgestein lassen.

# Die „Rechtsgarantien“ der Schutzhaft.

Die wesentlichste Errungenschaft des Schutzhaftgesetzes vor bekanntlich die Einschränkung des unbefristeten Verlehrs der Schutzhaftgefangenen mit ihren Verteidigern. Wir haben vor einiger Zeit den Ukas mitgeteilt, durch welchen dieses elementarste Recht eines jeden Gefangenen in völlig unzulässiger Weise dahin eingeschränkt ist, daß den Unterredungen der Anwälte mit ihren Mandanten ein hierzu besonders deploriertes Beamter beizuwohnen hat. Si-rdurch wird natürlich das Verteidigungsrecht des Gefangenen fast illusorisch gemacht, da es ein wesentliches Erfordernis der Verteidigung ist, daß der Klient die Möglichkeit hat, sich seinem Verteidiger möglichst anzuvertrauen, was naturgemäß bei einer Unterredung unter vier Augen möglich ist. Niemand hat dies klarer hervorgehoben und alle Eingriffe in die Unbefristetheit der Verteidigung schärfer und treffender gebrandmarkt als der Parteigenosse des Reichswehrministers, der verordnete Unterstaatssekretär im Justizministerium, Herr Reine mann. Auf die von den betroffenen Verteidigern eingeleitete Beschwerde hat Herr Roske nunmehr mit folgendem Ukas geantwortet:

Cetero commendo Roske  
Nr. III 6573

Berlin W. 10, den 28. Oktober 1919.

## Entscheidung.

Die Beschwerde der Rechtsanwältin Th. Dieblich, Dr. Kurt Rosenfeld und Dr. Siegfried Weinberg, sämtlich in Berlin, vom 10. Oktober 1919 und des Justizrats Max Victor Frankl in Berlin vom 26. Oktober 1919 über die Anordnung des mit der Bearbeitung der Schutzhaftfachen beauftragten Kriegsgerichtsrats, daß Unterredungen der Verteidiger mit den in Schutzhaft befindlichen Personen nur in Gegenwart eines Beamten stattfinden dürfen, wird als unbegründet verworfen.

## Gründe.

Nach § 9 des Schutzhaftgesetzes ist dem Verhafteten schriftlich und mündlich der Verlehrs mit dem Verteidiger gestattet. Ein Verlehrs mit dem Verteidiger ist dem Schutzhaftgefangenen aber im Gesetze nicht gewährleistet. Das Schutzhaftverfahren ist ein Strafverfahren. Die Schutzhaftgefangenen haben keinen Anspruch auf Anwesenheit des § 148 S.O. (vgl. die Erklärungen des Bundesratspräsidenten im Reichstage, 222 des stenographischen Berichts der Verhandlungen des Reichstages im Jahre 1916). Während der Zweck der Untersuchungshaft die Sicherung der Durchführung des Verfahrens wegen begangener strafbarer Handlungen ist, ist bei der Schutzhaft die Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches, also einer künftigen Verletzung dieses Zweckes kann auch der Verlehrs des in Schutzhaft befindlichen mit dem Verteidiger Einschränkungen unterworfen werden (vgl. die Anmerkungen zu § 9 des Schutzhaftgesetzes in den Kommentaren von Conlag und Nomen).

Wenn hiernach die getroffene Maßnahme einer besonderen Begründung nicht bedarf, soll doch folgendes erwähnt werden: Ein in Untersuchungshaft befindlicher Kommunist, gegen den die Schutzhaft angeordnet wurde, hat drei Schreiben aus dem Gefängnis auf verbundene, nicht aufgekärte Weise an einen Bekannten gelangen lassen, die bei letzterem beschlagnahmt wurden. In zweien dieser Schreiben bittet der Gefangene seinen Genossen, ihm wichtige Sachen (nach dem Zusammenhange politische) oder was los ist immer durch seinen Verteidiger mitzubringen, „und durch diesen“ ihm zu schreiben, wie es eigentlich geht, ob man die politischen Gefangenen nicht befreien wird etc.“ Ferner sind bei diesem Gefangenen selbst mehrere an denselben Genossen gerichtete Briefe gefunden worden, in denen er letzteren bittet, ihm durch seinen Verteidiger „ruhig zu schreiben“.

Hieraus sind seitens der Schutzhaftgefangenen Versuche zu weiterer politischer Betätigung entgegen dem Zwecke der Schutzhaft gemacht worden. Bei der Wichtigkeit dieses Zweckes muß der Militärbehörden selbst Gegenmaßnahmen treffen. Er kann nicht seine Befugnisse und Verpflichtungen zur Abwendung der Gefahr für die Sicherheit des Reiches dadurch auf die Verantwortlichkeit der Schutzhaftgefangenen übertragen, daß er es ihnen überläßt, den Verlehrs der Schutzhaftgefangenen, für zu vernachlässigen eines unerlaubten Verlehrs zu mißbrauchen, selbst Einzelne zu tun, und daß er es ausschließlich dem Urteil des Verlehrs überläßt, inwieweit dieser bei einem solchen Verlehrs Verlehrs und Unerlaubtes scheiden will.

## Der Oberbefehlshaber.

gez. Roske.

Die Richtigkeit der Abschrift beglaubigt  
gez. Brud.

Oberkriegsgerichtsrat I. R.

Also weil ein Gefangener Kaffier aus dem Gefängnis befreit und die Ansicht geäußert haben soll, daß ihm sein Verteidiger hierbei behilflich sein werde, werden mit einem Befehlsstück die elementarsten Grundrechte der Verteidigung aufgehoben!

Wie herrlich weit wir es gebracht haben, zeigt folgende Gegenüberstellung: Während des Krieges hatte das Oberkommando in den Marken eines Tages dem Genossen Dr. Weinberg den Verlehrs mit der in Haft befindlichen Genossin Dr. Luxemburg ohne Weisung eines Beamten gestattet. Auf die hiergegen eingeleitete Beschwerde hat der damalige Reichskanzler, Herr von Weichmann Gollweg veranlaßt, daß diese Einschränkung der Rechte politischer Gefangener sofort beseitigt wurde. Die jetzige Regierung, deren führende Mitglieder sich noch immer Sozialdemokraten nennen, zeigt also weit weniger Achtung vor den Rechten der politischen Gefangenen als die alte wilhelminische.

Wie wir hören, ist auch die Berliner Anwalts-

Kammer zum Protest gegen diese Beschränkung der Rechte der Verteidigung aufgerufen worden.

In dem Bestreben, die Schutzhaftgefangenen zu drangsalieren, haben die zuständigen Behörden vor einigen Tagen verfügt, daß die Gefangenen nur noch in der Zeit von 11 bis 2 Uhr von ihren Verteidigern besucht werden können, während den Verteidigern früher die Wahl der Tageszeit freistand.

# Beleidigungsprozeß Erzberger gegen „Deutsche Zeitung“.

Von der siebenten Strafkammer des Landgerichts I fand gestern Termin gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Zeitung“, Dr. Ernst Büch, in dem Strafverfahren wegen Beleidigung statt, das auf Veranlassung des Reichsfinanzministers Erzberger wegen eines beleidigenden Artikels eingeleitet war. In dem Urteil wird der Minister in dem Maße der Schmäherung wegen Ermordung des französischen Sergeanten Ranheim der Länge beschuldigt, indem er weiter allgemein als Bürger hingestellt.

Der Angeklagte Büch bekennt sich als Verfasser des Artikels und räumt sich in rechtlich korrekter Weise ein, daß ihm in der Ue ein „Frtum“ unterlaufen sei. Nicht Erzberger selber habe die „unwahre“ Erklärung abgegeben, die Million im Falle Ranheim sei von privater Seite gespendet worden, sondern ein Sekretär des Auswärtigen Amtes auf Veranlassung Erzbergers. Auf Grund der Beweisaufnahme nahm der Angeklagte die Beleidigung zurück. Es ist recht bezeichnend, daß es auch in der geistigen Verhandlung den als Jungen bezeichneten Beamten verboten war, den Schlei, der die nationalistiche Wahnsinnigkeit der Ermordung Ranheims und ihre Sühne bedingt, völlig zu lästern. Auch jetzt getraut die Regierung sich nicht, den Geldspender offen zu nennen.

Der Staatsanwalt beantragte schließlich eine Geldstrafe von 200 Mark. Das Gericht kam jedoch nach nicht zu einer Entscheidung. Es erklärte vielmehr, daß vorher auch noch der zweite Vorwurf der „Deutschen Zeitung“ gegen Erzberger, der der allgemeinen Lügenhaftigkeit, gepredigt werden müsse. Da der Angeklagte sich weigerte, diesen Vorwurf zurückzunehmen, beschloß das Gericht auf Wunsch des Angeklagten, den früheren Reichskanzler o. Weichmann Gollweg, ferner Dr. Helfferich, Graf Krosbarn, Dr. Goll, Bankier Burg und den Abgeordneten Dr. Waldstein als Zeugen zu laden und die Verhandlung auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Dieser Beschluß hat die große Bedeutung, daß der Plan Helfferichs, erst als Zeuge gegen Erzberger und dann als Angeklagter zu erscheinen, durchkreuzt wird.

# Die Hilfeleistung der dänischen Gewerkschaften.

Die dänischen Gewerkschaften haben sich bereit erklärt, die Kinderaufnahme auch im Winter fortzusetzen, insbesondere Kinder über Weihnachten auf acht Wochen aufzunehmen.

Der Reichskanzler Bauer hat an den Minister Statuina ein Telegramm gerichtet, worin er die freudigste und dankbarste Anerkennung aller Teile des Deutschen Reiches für diese Hilfsbereitschaft ausdrückt.

# Eine revolutionäre Sicherheitswehr unter Auflage.

Düsseldorf, 20. November.

Bei Kundgebungen der Rechtssozialisten und Demokraten am 10. Januar wurden durch Maschinengewehr- und Revolverfeuer der ehemaligen Sicherheitswehr eine Anzahl Teilnehmer und unbeteiligte Personen getötet und verletzt. Wegen dieser Vorgänge sind nunmehr 33 Angeklagte, sämtlich Mitglieder der früheren Sicherheitswehr, von der Strafkammer zu Gefängnisstrafen von 2 Monaten bis zu 2 Jahren verurteilt worden.

# Wie man Arbeiterlöhne bequem los wird.

Der in Abmignhülle in Obersachsen erscheinende rechtssozialistische „Volkswille“ schreibt aus Nicolai im Kreise Pleh:

„Anfang voriger Woche wurden die 4 Vertreter des Plehigen Arbeiterrats, die nicht im Abstimmungsbüro geboren sind, vom Landrat aufgespartet, sich innerhalb des Abstimmungsbüros Wohnung und Arbeit zu besorgen und nicht erst zu warten, bis sie ausgewiesen würden. Wieso der Herr Landrat dazu kommt, sich darum zu kümmern, wissen wir nicht, nehmen aber an, daß hier andere Sachen im Spiele sind, und daß man es gar nicht ungern sähe, wenn die betreffenden Leute von selbst verschwinden, um sie auf diese Weise billiger loszuwerden. Wir können nicht glauben, daß gerade der Landrat von Pleh als Vertreter der Entente bestellt sein sollte, während andere Kreise und Behörden davon nichts wissen.“

Bequemere kann der Landrat die Arbeiterlöhne sich gar nicht vom Halse schaffen. Er weiß sie einfach aus und über sich den Fessel darum, ob er überhaupt dazu ein Recht hat. Gegen Arbeiter, die Arbeiterlöhne sind, kann man sich heute alles erlauben, sie sind vogelfrei, überhaupt in Obersachsen.

# Deutsche Nationalversammlung.

Donnerstag, den 20. November.

Auf dem Plage des verstorbenen Abgeordneten Groeber (Centrum) liegt ein großer grüner Kranz. Das Mitglied der Nationalversammlung Hög. Sanger (Soz.) hat sein Mandat niedergelegt.

Präsident Behrens eröffnet die Sitzung um 8.20 Minuten mit folgenden Nachrufen, während das Haus sich von den Plagen erhebt:

Reine Damen und Herren! Während der parlamentarischen Pause ist die Nationalversammlung von zwei sehr schmerzlichen Trauerfällen heimgesucht worden. Am 7. November starb unser Kollege Haase. Seine hervorragende Befähigung und Arbeitskraft, sein uneigennütziges Eintreten für seine politischen Ideale, seine freundliche Kollegialität gewannen ihm das Vertrauen aller und sichern ihm ein ehrenvolles Andenken bei der deutschen Volksgemeinschaft. Er starb eines tragischen Todes durch die Hand eines Bahnwärtlers auf dem Gang zum Reichstag, um dort in einer wichtigen politischen Angelegenheit die Stellung seiner Fraktion zu begründen.

Gestern verschied plötzlich infolge eines Schlaganfalls unser Kollege Groeber. Er gehörte ein volles Menschenalter dem Reichstage an, seit dem Jahre 1887, und Vorsitz der Nationalversammlung. Er war untrüglich einer der ersten strebsamen Mitglieder des Parlamentes, aus dessen Reihen ausgezeichnete Vertreter der wichtigsten Gesetzgebungsorgane stammten. Er galt als der beste Kenner der parlamentarischen Geschäftsordnung. Er war ein immer wirksamer Redner für die Rechte

und die Wohlfahrt des Volkes, bei seinem fernstehenden Charakter hatte sein gewichtiges Wort immer volle Wirksamkeit auch weit über die Grenzen seiner eigenen Fraktion hinaus. Er stand bei seinem ersten Auszug nach einem schweren Unfall im Reichstagsbüro in den Armen des Bureauchefs, als er sich dort um unsere Kassen im Aufgeben erheben sollte. — Sie haben sich zum ehrenden Andenken der beiden heimgegangenen Kollegen von den Plagen erhoben. Ich stelle das fest und danke Ihnen. Demnach werden 150 Bittschriften ohne Rücksicht noch den Beschäftigten der Ausschüsse bis auf weiteres erstattet, über die im Gegenstand zum Vorbehalt des Ausschusses auf Berücksichtigung zur Tagesordnung übergegangen wird. Die Tagesordnung ist erschöpft.

# Die Organisationen zum Parteitag.

Anträge der Frankfurter Genossen.

Die Genossen von Frankfurt a. M. nahmen in zwei Versammlungen Stellung zum Parteitag. Uebereinstimmend kam zum Ausdruck, daß im Aktionsprogramm die Forderung „Beendigung des Parteiensystems durch die Verfassung“ zu verdrängen habe. In der Gewerkschaftsfrage steht die Mitgliedschaft einmütig auf dem Boden der letzten Parteitagbeschlüsse. Die letzten Beschlüsse der Reichskonferenz der Betriebsräte in Halle zur Gewerkschaftsfrage erfüllen in mehreren Punkten scharfe Kritik und Ablehnung. Zur Frage der Internationalen fand nachstehende vom Genossen Ditzmann eingebrachte Resolution mit großer Mehrheit Annahme:

„Die Parteileitung der U. S. P. wird beauftragt, gemeinsam mit anderen Vorkampfparteien die Einberufung einer allgemeinen internationalen Konferenz einzuleiten, zu der alle internationalen sozialistischen Gruppen eingeladen sind, die sich auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes stellen. Zu diesem Zweck hat die Parteileitung mit der Moskauer Zentrale und der ihr angeschlossenen Parteien, sowie allen derselben noch nicht angeschlossenen revolutionären Parteien und Gruppen, insbesondere denen der industriell fortgeschrittenen Länder, in Verbindung zu treten, um in geeigneter Weise den Boden für den Zusammenbruch aller Revisionen zu einer wirklich aktionsfähigen Internationale vorzubereiten. Der Parteitag kann sich von einer Beteiligung am Genfer Kongress keinen Erfolg versprechen und lehnt deshalb eine Beteiligung an demselben ab.“

Als Delegierte zum Parteitag in Leipzig wurden die Genossen Ditzmann, Germann und die Genossin Seubert gewählt.

# Beschlüsse des Bezirks Niederrhein.

Der am 1. und 2. November in Düsseldorf abgehaltene Parteitag der U. S. P. des Niederrheins erklärte zur Frage der Internationalen in einer Entschließung, daß die zweite Internationale nicht mehr als Instrument des revolutionären Klassenkampfes betrachtet werden kann, es wird das sofortige Ausscheiden der U. S. P. D. aus dieser Internationale gefordert. Um eine Verfestigung des internationalen Zusammenhanges der revolutionären Parteien zu vermeiden, sprach sich der Parteitag für die Teilnahme an der dritten, Moskauer, Internationale aus und forderte die revolutionären Parteien aller Länder auf, sich anzuschließen, um eine wirklich revolutionäre Internationale zu gründen.

In einer weiteren Entschließung verwirft der Parteitag jede Teilnahme der deutschen Regierung bei den zur Anebelung der russischen Revolution beschlossenen Maßnahmen. In der allgemeinen Aussprache trat man für den politischen Massenstreik als letztes Mittel zur Eroberung der politischen Macht ein.

Die Mitgliederbewegung der Organisation geht ein glänzendes Bild. Bei Ausbruch der Revolution gehörten ihr 18 000 Mitglieder an, am 1. April 1917. Darunter befinden sich rund 11 500 Frauen.

# Anträge des Ortsvereins Altenstein.

1. Der Ortsverein Altenstein erklart den Parteitag, sich in der Frage der Internationalen auf den Boden des Schweizer Beschlusses zu stellen, das heißt, weder in die zweite noch in die dritte Internationale einzutreten, oder dahingehend zu wirken, daß es zu einer wirklich revolutionären Internationale kommt.  
2. Der Parteitag wolle über den Begriff: „Militärdiktatur oder Parlamentarismus“ volle Klarheit schaffen. Die Mitglieder des Ortsvereins Altenstein sind der Auffassung, daß das Parlament bis zum Ausbruch der kommenden großen sozialen Kämpfe als Mittel zum Zweck benutzt wird. Wir fordern daher die Streichung des ersten Punktes der nächsten Forderungen des U. S. P. D.: „Einordnung des Parteiensystems in die Verfassung“. An dessen Stelle ist zu setzen: „Der Kongress der Arbeiterlöhne ist für die revolutionäre Arbeiterlöhne das gegebene Parlament“.

# Antrag der Wismarer Genossen.

Der Parteitag beschließt, alle verfügbaren Gelder den wirklich schwächeren Bezirken zwecks Gründung von U. S. P. Tageskämpfen zur Verfügung zu stellen.

# Aus der Partei.

## Ausstellung über Bildungsarbeit.

Das Arbeiter-Bildungsinstitut zu Leipzig beschäftigt während des Parteitages der U. S. P. eine Ausstellung über die Bildungsarbeit zu veranlassen. In diesem Zweck wird um Ueberlieferung von Material gebeten. Auf die Programme und Veröffentlichungen der Volkshochschulen wird besonderer Wert gelegt. Zusendung wird erbeten an die Geschäftsstelle des Arbeiter-Bildungsinstituts für Leipzig, Leipzig, Volkshaus, Zeilher Straße 22 IV, Zimmer 42.

## Aus der Parteipresse.

Die soeben erschienene Nr. 46 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Hugo Haase, der Führer von Rud. Weißheid; Wege der Weltrevolution von W. Stein; Das Starren der englischen Arbeiterbewegung von Tony Weißheid; Die Erinnerungen des Herrn von Tirpitz von Willi Meyer, Hauptmann a. D.; Aus der Internationale; Rührerchau.

# Aus aller Welt.

## Schweres Eisenbahnunglück in Sachsen.

Chemnitz, 20. November.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich heute früh gegen 5 Uhr auf dem Rochlitzer Bahnhof. Der letzte Wagon eines auf einem Nebengleis rangierenden Güterzuges fuhr über das Gleis hinaus und einen Wagon der 8. Klasse des eben einlaufenden Personenzuges aus der Richtung Groß-Weiden in die Pfanne. Der Wagon wurde vollständig zertrümmert. 8 Schüler der Rochlitzer Realschule wurden getötet, 18 weitere Personen teils schwer, teils leicht verletzt.

# Freie Welt

27

Heute neu!  
Preis 25 Pfennig



### Gewerkschaftliches.

#### Die Sozialisierung des Theaters.

Über dieses Thema sprach am Mittwoch vormittag Dr. Seelig vor einer Versammlung der im Transportarbeiterverband organisierten Bühnenarbeiter.

Zunächst ging der Redner auf Organisationsmäßigkeiten der an den Theatern beschäftigten Angestellten und Arbeiter ein. Er behauptete, daß das Personal sich in 10 bis 15 sozialer Berufsstände gliedert, die sich nicht nur in der Höhe der Löhne, sondern auch in der Art der Arbeit unterscheiden. Er behauptete, daß das Personal sich in 10 bis 15 sozialer Berufsstände gliedert, die sich nicht nur in der Höhe der Löhne, sondern auch in der Art der Arbeit unterscheiden.

In der Diskussion kam zur Sprache, daß der Bühnenverein mit dem Reichsarb. Ministerium bereits in Unterhandlung wegen Verhängung des 8-Stundentags stehen sollte.

#### Achtung! Gewerkschaften von Spandau.

Im Auftrage des Spandauer Gewerkschaftsrates werden am 20. November der Gewerkschaften, Theaterabteilung für das neue Gebäude (Vertriebsstelle) für alle Vorleistungen zu ermitteln. Im Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Spandau, Köpcke Str. 7, vom 11. bis 12. Uhr, abgeben.

Zu dem Verhandlungsbericht über die Gestaltung von Arbeitsverträgen bei der Lösung der Postämter, werden wir gebeten. Herr Sig. bezieht, Herr Koch die Mitteilung gemacht zu haben: Er würde von den freiwirtschaftlich ausstehenden Arbeitern einen Ausschuss wählen lassen bis zur nächsten Neuwahl am 15. Dezember.

Die Verwaltungsstelle des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat die Arbeitervereine des Eisenbahndirektionsbezirks Berlin unter die Bedienstetenbeziehung an die Dienststellen. Sie erheben Protest gegen den Neubau des Wirtschaftsbereichs, Gewerkschaft m. B. H., und fordern die Bediensteten auf, sich an die schon seit Jahren bestehende Konsum-Gewerkschaft Groß-Berlin anzuschließen.

Ull-Berlin. Die gemeinsame Betriebsversammlung findet heute nachmittags 3 Uhr in Charlottenburg, Rosinenstraße 8, statt.

U. G. G., Hennigsdorf. Sämtliche Kollegen und Kolleginnen haben die Beschlüsse der Versammlung der Gewerkschaften (Hilfsamt, Dännebauer, Fischer (Hilfsamt), Schenl, Stiering, Unterepken, Graf, Priebe, Roumann, Müller, Ode, Schulz, Sengel, Kiefeld, Diehn, Haager, Rant, Kiehl, Köh, und Bergandlager und die gesamte Kantine, melden sich Freitag früh 9 Uhr betreffs Arbeitsaufnahme am Tor 1.

Die Ersatzunterstützung für diese Kollegen wird dabei bei Probe ausgeführt nach Ablauf der Arbeitszeit. Sonnabend 11 1/2 Uhr Betriebsversammlung der Flugzeugfabrik in Hennigsdorf bei Hennigsdorf.

Element u. Gasse, Holzwerk. Versammlung aller eingetragenen und noch ausstehenden Kollegen und Kolleginnen am Freitag nachmittags 1/2 Uhr im Stadtpark. Erscheinen eines jeden dringend erforderlich. Abstemplung der Kontenkonten im Stadtpark.

Arbeiterkreise und angeschlossene Betriebe. Auszahlung der Ersatzunterstützung für die noch ausstehenden Kollegen Freitag von 10 bis 12 Uhr in folgenden Lokalen: Gruppe 1 und 2: Freitag, Kronprinzenstraße Ecke Weststraße; Gruppe 3, 4 und 5: Gadebeter, Alt-Vorhagen Ecke Wühlstraße; die Auszahlung für die in Arbeit stehenden Kollegen wird noch bekanntgegeben.

U. Fertig. Sämtliche Kollegen, welche in Arbeit getreten sind, haben spätestens am Freitag, den 21. d. M., bei den Verkehrsvereinsleuten ihre Ersatzkontenkonten abzugeben. Die Verkehrsvereinsleute haben am selben Tage um 3 1/2 Uhr im Lindengarten eine Sitzung. Die gesammelten Konten sind mitzubringen. Die Ersatzunterstützung.

### Groß-Berlin.

#### Unglaubliche Zustände in der Kohlenversorgung.

Der Magistrat hatte bekanntgegeben, daß am Donnerstag für den Norden und Nordwesten Berlins in der Stephanstraße 2 (Nichte-Kohlhaus) eine neue Kohlenstelle errichtet worden sei. Man hätte nun annehmen müssen, daß die zuständigen Stellen zu rechter Zeit dafür Sorge getroffen hätten, daß der Zweck der neuen Kohlenstelle, eine Entlastung des Verkehrs bei der Deputation für die Kohlenversorgung in der Spandauer Straße zu erzielen, auch erreicht werde. Aber die Zustände in der Stephanstraße waren am Donnerstag noch viel schlimmer, als sie bisher schon in der Spandauer Straße waren.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß viele Kohlenhändler über mangelhafte Belieferung Klage führen. Für den Hausbrand soll nicht genug Kohle da sein, jedoch ist es ein offenes Geheimnis, daß man sich, wenn man nur über genug Geld verfügt, trotz Kohlenkommissar und Kohlenstelle sowie Brickets und Koks verschaffen kann, wie man nötig hat.

Die letzten Sätze dieser Rede fielen wie Hammerschläge nieder. Unter ihrer Wucht klang wilder Beifall auf. Dann aber ward sich die Zuhörerschaft bewußt, daß etwas Unangenehmes, Unwartbares geschehe. Ein alter, weißbärtiger Mann, in abgegrauter blauer Uniform erhebt sich von seinem Sitz, schreit und fuchtelt mit den Händen. Die neben ihm Sitzenden versuchen, ihn auf den Sessel zurückzuführen, doch widersteht er sich kräftig, hört nicht auf zu schreien, und ein Teil der Zuhörer verstummt aus Neugierde. „Schämt euch! Schämt euch! Schämt euch!“ hören sie ihn rufen. Er wies mit zitternden Fingern auf den Redner: „Ihre Worte sind Hochverrat, junger Mann!“

### Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair. Aus dem Manuskript übertragen von Hermyna zur Wählen.

Der Niedertramp lang die Marcellaise, und nachdem die Knebelnden Purra gerufen, bis sie heiß, und rote Tofschensigende geschwenkt hatten, bis sie milde waren, hielt der Vorleser, Genosse Gerritt, eine kurze Rede. Seit vielen Jahren hätten sich die amerikanischen Sozialisten eines Verdienstes bedient, um die Bedingungen ihres Landes zu mildern; dies gebe jetzt nicht mehr, denn Russland ist frei, und Amerika wird, wenn es klug ist, seinem Beispiel folgen. Er stelle hiermit der Versammlung den Gewerkschaften Bawel Michailowitsch vor, der aus New York gekommen ist, um ihnen über das große historische Geschehen zu berichten. Genosse Bawel, ein schlanker, schwächlicher, gelehrig aussehender Mann mit schwarzem Bart und schwarz gerandeter Brille, sagte ein paar Worte auf russisch und sprach dann, etwa eine Stunde lang, in gedrohnem Englisch. Er berichtete, wie die Russen ihre Freiheit errungen haben und nun sie die Befreiung des Weltproletariats wirken werden. Noch als ergriff Genosse Schulze von der Teppichweber-Gewerkschaft das Wort und versicherte, es sei gar nicht nötig, mit Deutschland Krieg zu führen, denn auch den deutschen Arbeitern sei nunmehr der Weg zur Freiheit gewiesen worden, und sie werden ihn demnächst einschlagen, er wisse dies genau, weil sein Bruder Redakteur an einer sozialistischen Zeitung in Leipzig sei und ihn über die inneren Vorgänge im Vaterlande auf dem laufenden halte.

Nun kam Genosse Smith, der Redakteur des „Arbeiter“ an die Reihe, und nun fing das Unheil an. Der junge Redakteur verlor seine Zeit mit einseitigen Worten. „Ich bin ein internationaler Revolutionär, und keine kapitalistische Regierung kann mich zwingen, an ihren blutigen Schurkereien teilzunehmen. Ich lasse mich nicht ins Feld weihen, um Mitarbeiter zu werden, seien sie nun Deutsche, Estenreicher, Bulgaren oder Lützen. Die Herren von Wall-Street werden einsehen müssen, daß sie mit dem Verkauf, freie Amerikaner auf die Schloßbank zu schicken, den größten Irrtum ihres gemeinen Lebens begehen. Verstehen Sie mich recht!“ rief Genosse Smith, obgleich er kein Wort gesagt hatte, das irgendwie unverständlich sein könnte. „Verstehen Sie mich recht, ich bin kein Pazifist, bin nicht gegen den Krieg, verlange bloß, den Krieg, in dem ich mitkämpfe, selbst wählen zu können. Gibt man mir ein Gewehr in die Hand, so werde ich mich keineswegs weigern, es zu nehmen — gewiß nicht —, seit langem haben wir uns, ich und meine Mitkämpfer, nach Waffen geseht. Doch werde ich selbst mitteilen, gegen wen ich das Gewehr zu richten habe, ob gegen die Feinde vor mir, oder die Feinde in meinem Rücken, gegen meine Brüder, die deutschen Proletarier, oder gegen meine Unterdrücker, die Ausbeuter von Wall-Street, ihre Zeitungsmaschinen und militärischen Flawentreiber!“

Die letzten Sätze dieser Rede fielen wie Hammerschläge nieder. Unter ihrer Wucht klang wilder Beifall auf. Dann aber ward sich die Zuhörerschaft bewußt, daß etwas Unangenehmes, Unwartbares geschehe. Ein alter, weißbärtiger Mann, in abgegrauter blauer Uniform erhebt sich von seinem Sitz, schreit und fuchtelt mit den Händen. Die neben ihm Sitzenden versuchen, ihn auf den Sessel zurückzuführen, doch widersteht er sich kräftig, hört nicht auf zu schreien, und ein Teil der Zuhörer verstummt aus Neugierde. „Schämt euch! Schämt euch! Schämt euch!“ hören sie ihn rufen. Er wies mit zitternden Fingern auf den Redner: „Ihre Worte sind Hochverrat, junger Mann!“

gefragt. Will man ihnen gegenüber die Sparsamkeit üben, die gegenüber den Versorgungs- und Unterhaltungsabteilungen viel besser am Platze wäre?

#### Ausbeutung der Frauarbeit.

Zu dem unter dieser Überschrift in Nr. 544 der „Freiheit“ erschienenen Artikel findet sich der dort genannte Unternehmer Paul Raasch durch seinen Rechtsbeistand eine Zuschrift, die folgendes berichtet:

1. Die Aufträge rühren nicht von Kommunisten her, sondern von Arbeitern; trotzdem die Werke für Materialisten usw. um das Doppelte gestiegen sind, sind keine Erhöhungsbedingungen gestellt worden.

2. Es wird zugegeben, daß die Arbeit für Frauen nicht geeignet ist; die Frauen haben sich aber freiwillig für diese Arbeit erboten. Die Frauen haben im Afford gearbeitet und wöchentlich bis 100 Mk. verdient.

3. Die Maschinen sind mit vorchristlichen Schutzvorrichtungen versehen. Die Verletzung der einen Arbeiterin ist auf eigene Unvorsichtigkeit zurückzuführen.

4. Herr Raasch hat an keine Arbeiterin das Kastraten gestellt, Pumpen zu tragen.

5. Der Arbeitsraum ist nach baulogischer Vorschrift gebaut.

6. Von einem Wagnis von 5 Mk. Lohnauszahlung kann keine Rede sein. Herr Raasch hat im Gegenteil den Frauen bei Übernahme in den Betrieb den Lohn um 15 Mk. erhöht.

7. Herr Raasch hat sich der Bildung eines Ausschusses nicht widersetzt, sondern die Wahl eines solchen gefordert.

8. Die Entlassung der Frauen ist erfolgt, weil sie den Lohn eines Zimmermanns forderten, obwohl sie nicht daselbst leisteten.

Unser Gewährsmann hält seine Behauptung zu Punkt 1 nicht aufrecht; sein Urteil entstand dadurch, daß ihm eine diebezügliche Frage von Herrn Raasch nicht beantwortet wurde.

In Punkt 2 erkennt Herr Raasch selbst an, daß die Arbeit für Frauen nicht geeignet ist. Trotzdem beauftragt er sie im Afford, und wenn er 8. behauptet, die Verletzung der Arbeiterin beruhe auf eigener Unvorsichtigkeit, so entlastet er sich nicht dadurch, denn es ist bekannt, daß besonders Frauen im Afford leicht geneigt sind, die nötige Vorsicht nicht zu üben. Nur auf diese Weise lassen sich einigermaßen auskömmliche Löhne erzielen. Unser Gewährsmann hat aber Kohnkarten gesehen, auf denen ein Lohn von 60 Mark (im Afford!) angegeben war. Ganz vorchristlich waren die Maschinen auch nicht mit Schutzvorrichtungen versehen; so bemerkt z. B. unser Gewährsmann an der Anweisung den Spaltteil. Doch der Werkstoffraum nach Vorschriften der baulogischen Verordnung nicht gebaut ist, hat niemand behauptet. Der Raum selbst ist aber derzeit mit Maschinen verbaut, und zwischen den Maschinen sind auch noch Absperrungen der Gänge vorgenommen, daß eine jählige Gefahr nach Ansicht des Gewährsmanns besteht.

Unser Gewährsmann hält das weitere davon fest, daß die Kündigung von Herrn Raasch gefallen ist, in seinem Betrieb dürfte er keinen Ausschuss.

Wenn dann noch behauptet wird, die Frauen seien entlassen worden, weil sie denselben Lohn wie die Männer forderten, so wird damit zugegeben, daß sie nur einzustellen sind, weil sie billiger arbeiteten. Unsere Meinung, daß es sich um die Ausbeutung billigerer Frauenarbeit handelt, bleibt also bestehen.

Wir wollen zum Schluß noch mitteilen, daß unser Gewährsmann auch einen gemeinschaftlichen Umkleeraum für Männer und Frauen in dem Betrieb hat. Einen Kastratenbetrieb unterhält Herr Raasch also wirklich nicht.

Arbeiter-Bildungsschule. Der heutige Kursus in der Robert-Jelle-Realschule, Auguststr. 21, muß aus den Schülern wohl-bekanntem Gründen ausfallen. Ueber spätere Kurse erfolgt erneut Nachricht.

Der Verkauf des der Konsumgenossenschaft überwiegenen Schutzwerks findet nicht in der Rittergutsstraße statt, sondern in dem in den ersten Tagen des nächsten Monats zu eröffnenden Manufakturwarenschäft, Brunnensstraße 168.

Zahlreiche Auffälle von Hügen auf den Berliner Vorortstrecken sind die neuesten Folgen eines heftigen Kohlenmangels. Auf den vom Steinhilber Bahnhof ausgehenden Strecken sind mit sofortiger Gültigkeit gestern morgen eine Reihe von Vorratshügen

Versammlung die hoch erhobene Faust und rief mit heiserer Stimme, gebieterischem Stimm: „Verräter! Verräter!“

#### V.

Vor orme Jimmie verbarnte völlig überwältigt auf seinem Sitz. Daß er, der eifrigste, überzeugteste Anhänger des Sozialismus, den Grund zu dieser schandvollen Szene gegeben, indem er einen Mann in der Mordtracht hergeführt, einen Arbeiterdöner — es war nicht auszubedenken! Er magte nicht, den Genossen vor die Augen zu treten; noch ehe alle Reden gehalten waren, gab er Nizze ein Zeichen, und die beiden stahlen sich fort, sorgfältig alle Bekannten vermeidend.

Draußen standen sie einen Augenblick unerschrocken; sie meinten selbstverständlich, der alte Mann sei fortgefahren, malten sich den langen Weg von der Tramstation in Dunkel und Stot aus; dabei trug Nizze ihr einziges Festtagsgewand. Als sie jedoch den Ort erreichten, wo Herr Drew Pferd und Wagen eingestellt hatte, sahen sie ihn zu ihrem Erstaunen dort geduldig auf sie wartend. Ihr Bösewicht bemerkend, rief er ihnen zu: „Kommen Sie, folgen Sie ein!“ Sehr verlegen folgten sie keiner Aufforderung, und die alte Währe wottete gemächlich beharrlich.

Lange Zeit schwiegen sie alle; schließlich hielt Jimmie es nicht länger aus, und begann: „Es tut mir sehr leid, Herr Drew. Sie verstehen nicht...“ Der alte Mann fiel ihm ins Wort: „Es hat für und beide keinen Sinn, miteinander zu sprechen, junger Mann.“ So legten sie den Rest der Fahrt wortlos zurück; Jimmie dachte es, Nizze schätzte in der Dunkelheit leise vor sich hin.

Jimmie war es furchtbar zumute; er holte vor dem alten Soldaten große Achtung, ja er empfand sogar eine starke Verehrung für ihn. Herr Drew hatte auf Jimmie einen großen Eindruck gemacht, nicht durch seine Waffchen, die Jimmie für um lediglich Jahre zurück hielt, sondern durch seine Berühmtheit. Hier war ein Patriot, der zugleich ein Ehrenmann ist. Die Schwade, daß er den revolutionären Standpunkt nicht zu verfechten vermogte! Wie schade, daß man ihn ergründen mußte! Auch dies gehörte zum Grouen des Krieges, er reißt Freunde auseinander, läßt Faust und Dader und Hoh unter sie.

(Fortsetzung folgt.)

